

Das europäische Bauvolumen ist seit 2007 um nahezu ein Viertel geschrumpft. Im vergangenen Jahr hat der Bausektor jedoch die »lang ersehnte« Wende geschafft. Die Experten des EUROCONSTRUCT-Netzwerks<sup>1</sup> gehen zwar von einer kontinuierlichen Aufwärtsentwicklung aus, am Ende des Prognosezeitraumes 2017 dürfte allerdings gerade einmal wieder das Niveau von 2011 erreicht werden.

Gegenwärtig ist nicht nur der Nichtwohnhochbau, der von gewerblichen Auftraggebern dominiert wird, sondern auch der Tiefbau – und sogar der für gewöhnlich kaum konjunkturtaugliche Wohnungsbau – in extremem Maße vom weiteren wirtschaftlichen Verlauf abhängig. Da die Eurokrise in einigen Ländern noch keineswegs als gelöst angesehen werden kann, könnte auch die für die nächsten Jahre prognostizierte Belebung der Baunachfrage nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Derzeit profitiert der europäische Bausektor vor allem vom aufgelaufenen Nachholbedarf, da in der Vergangenheit die Investitionen in Gebäude und Infrastruktur vielerorts erheblich zurückgefahren wurden. Immerhin dürfte dieser Nachholeffekt auch mittelfristig einige Wirkung entfalten. Wie nachhaltig die Aufwärtsbewegung der Baunachfrage in Europa tatsächlich ist, muss sich aber noch herausstellen.

Im vergangenen Jahr wurden in den 19 EUROCONSTRUCT-Ländern Bauleistungen im Wert von rund 1,341 Bill. Euro (in Preisen von 2014) erbracht. 2015 dürfte der Umfang der Bauaktivitäten preisbereinigt um 26 Mrd. Euro zulegen. Dies würde einem Zuwachs von 1,9% entsprechen – nach einem Plus von 1,2% im Jahr 2014.

Die wirtschaftliche Belebung in Europa hat einen großen positiven Einfluss auf diese Entwicklung. So konnte die Wirtschaftsleistung im EUROCONSTRUCT-Gebiet im zurückliegenden Jahr – mit einer Wachstumsrate von 1,4% – erstmals seit 2011 wieder merklich ausgeweitet werden (vgl. Abb. 1). Für die Jahre 2015 und 2016 wer-

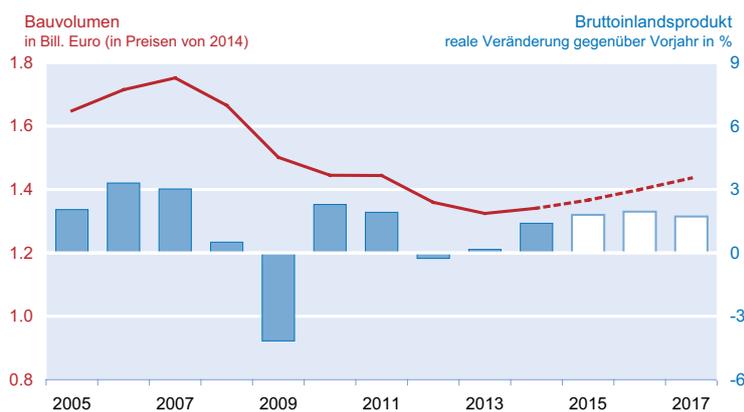
den Anstiege des Bruttoinlandsproduktes von 1,8 bzw. 2,0% prognostiziert. Von den verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Europa wird auch der Bausektor profitieren.

### Mittelfristig nur moderate Aufwärtsentwicklung

Dennoch sind auf lange Sicht keine allzu großen Sprünge zu erwarten. So sehen die meisten Wirtschaftsexperten – unabhängig vom drohenden Staatsbankrott in Griechenland – die Eurokrise noch lange nicht als gelöst an. Der eigentlich notwendige Reformprozess wurde nämlich nur in

Abb. 1

#### Bauaktivitäten und Wirtschaftswachstum im EUROCONSTRUCT-Gebiet



<sup>1</sup> Das europäische Forschungs- und Beratungsnetzwerk EUROCONSTRUCT® wurde 1975 gegründet. In diesem Verbund kooperieren Institute mit spezifischem Know-how im Bau- und Immobiliensektor aus 15 westeuropäischen sowie vier osteuropäischen Ländern. Den Kern der EUROCONSTRUCT-Aktivitäten bilden Konferenzen, auf denen die neuesten Prognosen zum Baugeschehen in den Mitgliedsländern vorgestellt werden. Diese Veranstaltungen finden zweimal im Jahr an wechselnden Orten in Europa statt. Außerdem werden Spezialstudien zu den längerfristigen Perspektiven und zu den Strukturveränderungen im europäischen Bausektor erstellt. Das ifo Institut ist Gründungsmitglied und deutsches Partnerinstitut des Netzwerks. Die in diesem Beitrag präsentierten Analysen und Prognosen basieren auf den 19 Länderberichten zur 79. EUROCONSTRUCT-Konferenz, die am 12. Juni 2015 in Warschau durchgeführt wurde. Die 80. EUROCONSTRUCT-Konferenz ist für den 4. Dezember 2015 in Budapest geplant. Interessenten können sich wegen des Programms und der Anmeldeunterlagen im Internet informieren ([www.ifo.de](http://www.ifo.de) oder [www.euroconstruct.org](http://www.euroconstruct.org)) oder sich schon jetzt direkt an das ifo Institut wenden.

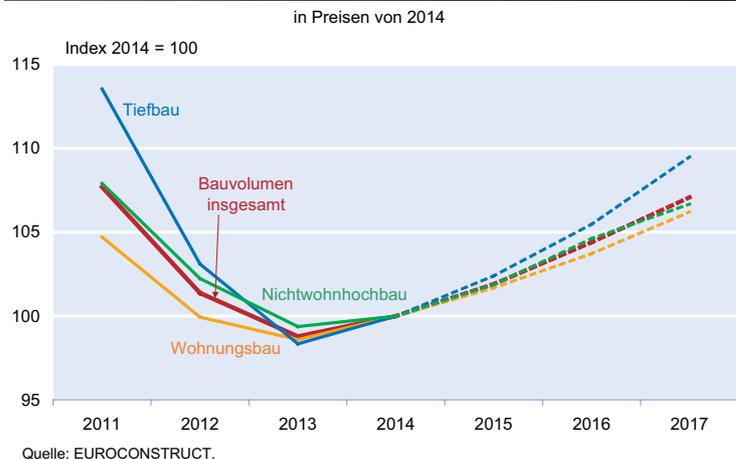
wenigen Ländern ausreichend stark, in anderen dagegen kaum vorangetrieben. Insbesondere deshalb bleiben die ökonomischen Perspektiven langfristig eher durchwachsen. Dies dämpft die Baunachfrage von Staaten, Unternehmen und Privathaushalten, obwohl mittlerweile in vielen Bereichen ein erheblicher Nachholbedarf aufgelaufen ist.

Nicht nur die Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern mit ihr die der Baunachfrage, gestaltet sich derzeit als besonders schwierig. So kam etwa der Absturz des Ölpreises Ende 2014 quasi »über Nacht«. Der Start des Anleihenkaufprogramms der Europäischen Zentralbank, mit dem ein Abgleiten in eine dauerhafte Deflation verhindert werden soll, hatte sich zwar schon in den Monaten zuvor angedeutet. Dennoch war einige Zeit unklar, wann seine Umsetzung tatsächlich beginnen würde. Daneben konnten die Auswirkungen auf den Euro-Wechselkurs nicht vorhergesagt werden – wie stark sich also der Euro eventuell gegenüber anderen Währungen abschwächen würde. Es ging demnach darum, wie stark sich einerseits vor allem der Import von Erdölprodukten verteuern und in welchem Maße andererseits exportorientierte Volkswirtschaften davon profitieren würden.

Insgesamt betrachtet befindet sich Europa – auch sechs Jahre nach der globalen Wirtschaftskrise – in einer alles anderen als »normalen« Situation. Dies offenbart bereits der Blick auf die äußerst niedrigen Zinsen, die die meisten europäischen Staaten den Anlegern derzeit für langlaufende Anleihen bieten müssen. Von dieser Entwicklung profitierten zwar die Finanzminister in den entsprechenden Ländern, sie macht aber vor allem den großen institutionellen Kapitalanlegern, den Versicherern und den Bausparkassen erheblich zu schaffen. Aber auch die privaten Sparer bekommen auf herkömmliche Bankanlagen kaum noch Zinsen. Viele entscheiden sich daher, lieber eine Immobilie zu erwerben oder schlichtweg zu konsumieren. Das mögliche Aufflammen geopolitischer Konflikte – oder das Ausbrechen neuer – verringert die Eintrittswahrscheinlichkeit von Wirtschaftsprognosen weiter.

Angesichts der lediglich gedämpften positiven wirtschaftlichen Aussichten wird auch das Bauvolumen in den 19 EUROCONSTRUCT-Ländern insgesamt in den nächsten Jahren eher verhalten zunehmen. Die für das Jahr 2017 prognostizierten 1,436 Bill. Euro (in Preisen von 2014) liegen zwar geringfügig unter dem Wert von 2011. Damit würde jedoch wieder ein langfristig »angemessenes« Niveau erreicht werden. Die extreme hohe Baunachfrage der Jahre 2005 bis 2008 war nämlich nur durch einige außergewöhnlich günstige Sonderfaktoren ermöglicht worden, unter anderem durch Spekulation, Fehlinvestitionen und laxen Kreditvergabe.

Abb. 2

**Bautätigkeit im EUROCONSTRUCT-Gebiet nach Baubereichen**

Der für die Jahre 2015 bis 2017 prognostizierte Wachstumspfad der Bauleistungen sollte allerdings hinterfragt werden. Denn drei Jahre in Folge mit höheren Zuwächsen beim Bauvolumen als bei der Wirtschaftsleistung wären überaus ungewöhnlich. Andererseits könnte diese positive Entwicklung auch dem aufgelaufenen Nachholbedarf und anderen Sondereinflüssen (z.B. staatlichen Investitionsprogrammen) geschuldet sein. In diesem Fall müsste allerdings im Anschluss daran mit einer wieder deutlich schwächeren Baunachfrage gerechnet werden.

**Tiefbau wird mittelfristig am stärksten wachsen**

In den drei Jahren bis 2017 wird das europäische Bauvolumen voraussichtlich um insgesamt gut 7% wachsen. Dabei dürfte der Tiefbausektor den stärksten Anstieg aufweisen. Nach einem Plus von knapp 2½% im laufenden Jahr folgen Zuwächse von 3 bzw. fast 4% 2016 und 2017. Zusammengefasst ergibt dies eine erwartete Zunahme der Tiefbauaktivitäten von 9½% (vgl. Abb. 2).

Inzwischen hat sich die wirtschaftliche Situation in zahlreichen Ländern nicht nur stabilisiert. Vielerorts wird die Konjunktur 2015 deutlich Fahrt aufnehmen. So dürfte das Bruttoinlandsprodukt in neun der 19 EUROCONSTRUCT-Mitgliedsländer mit einer Rate von rund 2% – oder sogar deutlich mehr – zunehmen. Zwar bleibt die angespannte Finanzlage der öffentlichen Hand vielerorts ein Problem, die finanziellen Spielräume haben sich jedoch im Verlauf der vergangenen Jahre sichtlich vergrößert.

Zudem sind die Regierungen und lokalen Entscheider mit einem umfangreichen Nachholbedarf (Sanierung/Modernisierung, aber auch notwendiger Ausbau der Infrastruktur aufgrund von Zuwanderung bzw. Verstädterung) konfrontiert, der in vielen Jahren aufgelaufen ist. Ihre Bereitschaft, in Tiefbauten zu investieren, ist damit deutlich gestiegen

**Abb. 3**  
**Einflussfaktoren im Tiefbausektor bis 2016 nach Ländern**

| Land           | Tiefbau<br>2015 bis 2016:<br>durchschnittliche<br>prozentuale<br>Veränderung p.a. | Infrastruktur-<br>bedingungen | Fonds<br>(EU, national,<br>regional) | Wirtschafts-<br>wachstum | ökologische<br>Faktoren und<br>Energiepolitik | allgemeine<br>Finanzierungs-<br>bedingungen | Wahlen | öff. Finanzierung<br>und<br>Verschuldung |
|----------------|---|-------------------------------|--------------------------------------|--------------------------|---|---|--------|--|
|                |   |                               |                                      |                          |   |   |        |  |
| Polen          | 18.1  | 0                             | ++                                   | +                        | +   | +   | +      | 0  |
| Slowakei       | 6.4   | 0                             | +                                    | 0                        | 0   | 0   | -      | -  |
| Großbritannien | 5.8   | ++                            | +                                    | +                        | +   | +   | 0      | 0  |
| Tschechien     | 5.4   | +                             | ++                                   | 0                        | 0   | 0   | 0      | 0  |
| Irland         | 4.9   | +                             | 0                                    | +                        | +   | -   | ++     | -  |
| Italien        | 4.5   | ++                            | +                                    | +                        | +   | +   | 0      | 0  |
| Portugal       | 4.3   | 0                             | ++                                   | +                        | +   | +   | +      | -  |
| Spanien        | 4.3   | 0                             | -                                    | 0                        | ---   | 0   | +      | -  |
| Norwegen       | 3.8   | ++                            | +                                    | 0                        | +   | 0   | 0      | ++                                       |
| Schweden       | 1.8   | ++                            | +                                    | +                        | +   | 0   | 0      | +  |
| Niederlande    | 1.6   | +                             | -                                    | +                        | +   | +   | 0      | -  |
| Dänemark       | 1.0   | +                             | +                                    | 0                        | +   | 0   | 0      | 0  |
| Schweiz        | 0.5   | 0                             | ++                                   | +                        | +   | ++  | 0      | 0  |
| Österreich     | 0.4   | +                             | 0                                    | +                        | +   | 0   | 0      | -  |
| Deutschland    | 0.4   | +                             | +                                    | +                        | -   | ++  | 0      | -  |
| Ungarn         | -0.8  | 0                             | +                                    | +                        | +   | 0   | 0      | +  |
| Finnland       | -1.2  | ++                            | -                                    | -                        | +   | +   | 0      | ---                                      |
| Frankreich     | -2.0  | +                             | +                                    | 0                        | 0   | +   | ---    | ---                                      |
| Belgien        | -2.1  | ++                            | 0                                    | +                        | 0   | 0   | -      | ---                                      |

Erklärung: ++ starke positive Wirkung, + positive Wirkung, 0 keine oder unklare Wirkung, - negative Wirkung, --- starke negative Wirkung

Quelle: EUROCONSTRUCT.

(vgl. Abb. 3). Die höheren öffentlichen Ausgaben werden dabei nicht selten als willkommene Stimulierung der heimischen Wirtschaft gesehen. In etlichen Ländern spielen dabei europäische oder nationale Sondermittel eine große Rolle, die bei der Finanzierung von Infrastrukturvorhaben einen wichtigen Beitrag leisten. Daneben dürfte sowohl die Verfolgung umwelt- und energiepolitischer Ziele als auch die niedrigen Finanzierungskosten zu einer positiven Entwicklung der Tiefbaunachfrage beitragen.

Nicht nur für die (vormaligen) Krisenländer Irland, Portugal und Spanien werden bis 2017 starke Zuwächse bei den Tiefbaumaßnahmen vorhergesagt. Auch in Großbritannien, Italien, der Slowakei und Tschechien, die in der nahen Vergangenheit mit größeren wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hatten, wird die Tiefbaunachfrage mittelfristig wohl kräftig ansteigen. Des Weiteren sind die Länder Norwegen und Polen zu nennen, in denen die allgemeine Konjunktur in den vergangenen Jahren überproportional gut gelaufen ist.

In Italien dürfte das Tiefbauvolumen im laufenden Jahr wieder merklich wachsen, nachdem insbesondere die Investitionen der öffentlichen Hand in der Vergangenheit stark zurückgefahren worden waren. Darunter hatte vor allem der PPP-Sektor zu leiden. Ab 2016 dürfte die Tiefbautätigkeit dann sogar kräftig zunehmen (durchschnittliche jährliche Wachstumsrate für 2016 und 2017: 6½%). Die Hauptgründe hierfür liegen in dem Ende 2014 in Kraft getretenen Dekret mit dem Namen »Sblocca Italia« (frei übersetzt: »Freie Fahrt für Italien«). Dieses beinhaltet beispielsweise den Neustart bzw. die Weiterführung von gestoppten Bauvorhaben in den Bereichen Eisenbahn und Luftverkehr. Daneben geht

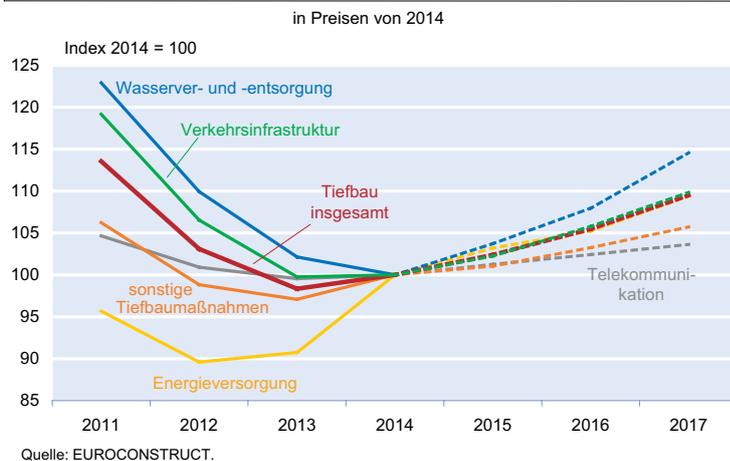
es um eine deutliche Vereinfachung bei der Umsetzung von Konzessionsprojekten (PPP). Insgesamt sollen bis 2020 3,9 Mrd. Euro zur Finanzierung von vordringlichen Infrastrukturvorhaben bereitgestellt werden, mit dem Ziel, die heimische Wirtschaft anzukurbeln. Davon sollen nicht nur der Breitbandausbau profitieren, sondern auch die Gebiete, die in der Vergangenheit von Erdbeben oder Überschwemmungen heimgesucht wurden.

Dass der öffentliche Bau wieder an Schwung gewinnt, ist besonders gut an der Entwicklung einzelner Tiefbausegmente abzulesen. So dürften sich bis 2017 die Bereiche Wasserver- bzw. Abwasserentsorgung und Verkehrsinfrastruktur am günstigsten entwickeln (vgl. Abb. 4). Gemäß den aktuellen Prognosen wird das über drei Jahre kumulierte Wachstum für den Wassersektor 14½% und für den Transportsektor fast 10% betragen. Beide Teilbereiche unterliegen in den meisten Ländern überwiegend der öffentlichen Einflussnahme, sie sind also in erheblichem Maße von der staatlichen Investitionsbereitschaft abhängig. Im Energiesektor hingegen dominieren private Unternehmen. Dieser Teilbereich wird voraussichtlich ähnlich stark wachsen wie der Tiefbau insgesamt, nämlich um insgesamt 9½% in drei Jahren. Dagegen wird das Tiefbausegment Telekommunikation, in dem wiederum der größte Teil des Marktes auf private Investitionen entfällt, wohl eher unterdurchschnittlich zunehmen.

### Hochbau dürfte bis 2017 um rund 6½% zulegen

Im Wohnungs- und im Nichtwohnhochbau dürften die kumulierten Zuwächse bis 2017 ähnlich groß sein. Dabei wird

**Abb. 4**  
**Tiefbautätigkeit nach Teilbereichen**



im Nichtwohnhochbau der Anstieg von gut 6½% wohl nur geringfügig höher ausfallen als im Wohnungsbau (gut 6%). Während die Wachstumsraten im Wohnungsbau über die nächsten Jahre wohl kontinuierlich zunehmen werden und 2017 ihren bis dahin höchsten Wert von knapp 2½% erreichen dürften, wird der Nichtwohnhochbau schon im kommenden Jahr seine prozentual stärkste Zunahme aufweisen. Dann wird die Nachfrage in diesem Baubereich um gut 2½% wachsen – nach knapp 2% im laufenden Jahr. Diese Erwartung deckt sich mit der Prognose des Bruttoinlandsprodukts für das EUROCONSTRUCT-Gebiet. So rechnen die Partnerinstitute für das Jahr 2016 mit dem stärksten Wirtschaftswachstum in der Prognoseperiode 2015 bis 2017. Gerade der Nichtwohnhochbau ist nämlich außerordentlich von der allgemeinen Konjunktur abhängig, da hier Unternehmen das Marktgeschehen dominieren.

Es sollte aber nicht unerwähnt bleiben, dass aufgrund der besonderen Entwicklungen seit 2007 (Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Bankenkrise, Staatsschuldenkrise) derzeit auch die beiden anderen Baubereiche ungewöhnlich stark vom wirtschaftlichen Verlauf beeinflusst werden. So spielen etwa die vielerorts noch immer sehr hohe Arbeitslosigkeit, die Zurückhaltung der Banken bei der Kreditvergabe und die oftmals weiter desolante öffentliche Finanzlage eine wichtige Rolle für die zukünftige Entwicklung des Wohnungs- bzw. des Tiefbaus.

Zu den Ländern mit zweistelligen Zuwächsen im Nichtwohnhochbau in der Dreijahresperiode bis 2017 zählen Irland, Dänemark, Polen, Großbritannien, Portugal und Tschechien. Dagegen dürfte der kumulierte Anstieg in Deutschland und der Schweiz eher verhalten ausfallen und in der Slowakei sogar rückläufig sein. In Deutschland fällt derzeit insbesondere die zurückhaltende Neubaunachfrage der Unternehmen ins Auge, auf die die Ergebnisse der amtlichen Genehmigungsstatistik hindeuten. Dies hat wohl zum einen mit der seit der Finanzkrise gestiegenen Verunsicherung bzw. Vor-

sicht hinsichtlich rascher negativer Konjunktüreinflüsse zu tun. Nicht nur die Folgen der Finanzkrise, auch andere Ereignisse von größerer wirtschaftlicher Dimension wie z.B. der Russland-Ukraine-Konflikt haben bei den Firmenentscheidern ihre Spuren hinterlassen. Auf der anderen Seite klagt die deutsche Wirtschaft darüber, dass etliche Politikvorhaben der großen Koalition (Mindestlohn, Neuregelung Zeitarbeit/Werkverträge, Erbschaftsteuer, Rentenpaket) zu Mehrbelastungen der Firmen bzw. einer Verschlechterung der Standortbedingungen geführt haben – oder noch führen werden. Besonders schwach ist die Hochbaunachfrage im Energiesektor, da aufgrund der Bevorzugung der erneuerbaren Energien, selbst hochmoderne konventionelle Kraftwerke nicht mehr rentabel betrieben werden können. Hier ist auch für die nächsten Jahre mit keiner wesentlichen Belebung der Neubautätigkeit zu rechnen.

#### Nichtwohnhochbau bis 2016:

#### 16 der 19 Partnerinstitute rechnen mit Wachstum

Getragen wird der Nachfrageanstieg im Nichtwohnhochbau in den nächsten Jahren vorwiegend von den günstigen allgemeinen Finanzierungsbedingungen und der positiven wirtschaftlichen Entwicklung (vgl. Abb. 5). Daneben spielen in jeweils rund der Hälfte der 19 EUROCONSTRUCT-Länder aber auch investitionsfördernde staatliche Aktivitäten wie etwa Steuererleichterungen oder öffentliche Bauprogramme sowie gestiegene Unternehmensgewinne eine stimulierende Rolle.

Obwohl beispielsweise in Irland die weiter schwierige öffentliche Finanzlage und die in zahlreichen Regionen anhaltend kritische Leerstandssituation die Bauaktivitäten dämpfen, führt vor allem die spürbare wirtschaftliche Erholung dort zu einer kräftigen Belebung der gewerblichen und öffentlichen Hochbaunachfrage. Im Jahr 2012 war das Investitionsniveau extrem niedrig, es lag um fast 70% unterhalb des realisierten Volumens im Nichtwohnhoch des Jahres 2008. 2013 war dann bereits ein Anstieg von 17½% zu verzeichnen, gefolgt von einem Wachstum von rund 6½% im Jahr 2014.

In den Jahren 2015 und 2016 dürfte der Nichtwohnhochbau in Irland aufgrund der weiter günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sogar wieder deutlich stärker anziehen. Darauf deutet insbesondere die inzwischen gut gefüllte Projektpipeline hin; zahlreiche Neubauvorhaben werden wohl ab 2016 in die Tat umgesetzt. Dabei hilft zum einen, dass der irische Staat zusätzliche Mittel für die öffentliche Infrastruktur (Bildung und Gesundheit) bereitstellt und er auch die Investitionsbedingungen für gewerbliche Bauvorhaben verbessert

**Abb. 5**  
**Einflussfaktoren im Nichtwohnbau bis 2016 nach Ländern**

| Land           | Nichtwohnbau<br>2015 bis 2016:<br>durchschnittliche<br>prozentuale<br>Veränderung p.a. | allgemeine<br>Finanzierungs-<br>bedingungen | Wirtschafts-<br>wachstum | politische<br>Einflussfaktoren | Unternehmens-<br>gewinne | erzielbare<br>Gesamtrendite | öff. Finanzierung<br>und<br>Verschuldung | Gebäude-<br>zustand und<br>Leerstand |
|----------------|--|---|--------------------------|--------------------------------|--------------------------|-----------------------------|--|--------------------------------------|
|                |  |   |                          |                                |                          |                             |  |                                      |
| Irland         | 14.6   | 0   | +                        | ++                             | +                        | +                           | -  | -                                    |
| Großbritannien | 4.8  | +   | +                        | 0                              | +                        | +                           | -  | ++                                   |
| Dänemark       | 4.1  | 0   | +                        | +                              | +                        | +                           | 0  | ---                                  |
| Polen          | 3.8  | +   | +                        | -                              | +                        | 0                           | 0  | -                                    |
| Tschechien     | 3.2  | +   | +                        | +                              | 0                        | 0                           | 0  | 0                                    |
| Portugal       | 2.9  | ++  | +                        | +                              | +                        | +                           | 0  | +                                    |
| Finnland       | 2.8  | +   | -                        | +                              | 0                        | -                           | -  | ---                                  |
| Schweden       | 2.6  | 0   | +                        | 0                              | +                        | 0                           | +  | +                                    |
| Niederlande    | 2.4  | +   | +                        | 0                              | +                        | 0                           | -  | -                                    |
| Italien        | 2.2  | 0   | +                        | +                              | 0                        | 0                           | 0  | -                                    |
| Norwegen       | 1.7  | +   | -                        | +                              | -                        | -                           | +  | -                                    |
| Frankreich     | 1.5  | +   | +                        | -                              | +                        | +                           | -  | 0                                    |
| Ungarn         | 1.5  | +   | +                        | ++                             | 0                        | 0                           | +  | +                                    |
| Deutschland    | 1.1  | ++  | +                        | -                              | +                        | +                           | -  | 0                                    |
| Spanien        | 0.5  | 0   | 0                        | -                              | 0                        | 0                           | ---                                      | ---                                  |
| Österreich     | 0.5  | +   | +                        | 0                              | 0                        | 0                           | -  | 0                                    |
| Schweiz        | 0.0  | ++  | +                        | 0                              | 0                        | -                           | 0  | -                                    |
| Belgien        | -0.4   | 0   | +                        | 0                              | -                        | +                           | 0  | -                                    |
| Slowakei       | -1.0   | 0   | 0                        | 0                              | -                        | -                           | -  | 0                                    |

Erklärung: ++ starke positive Wirkung, + positive Wirkung, 0 keine oder unklare Wirkung, - negative Wirkung, --- starke negative Wirkung  
 politische Einflussfaktoren: Steuerpolitik, Subventionen, Wahlgeschenke usw.

Quelle: EUROCONSTRUCT.

hat. Zum anderen haben ausländische Investoren den irischen Markt seit einiger Zeit wieder fest im Blick. Der erwartete, merkliche Anstieg der Büromieten dürfte der Baunachfrage weiteren Schub verleihen. Negativ wird aber voraussichtlich wirken, dass der irische Bausektor in der Krise stark geschrumpft ist (weniger Firmen, weniger Arbeiter) und verschiedene Regulierungen in der Planung und der Bauausführung zusätzliche Kosten verursachen. Insgesamt sollten mittelfristig aber die positiven Faktoren deutlich überwiegen.

Während in Irland der Nichtwohnbau bis 2016 wohl kräftig zulegen wird, dürfte in Spanien – dem anderen Land, in dem der Bausektor vor und nach der Finanzkrise eine herausragende Rolle gespielt hat – die Baunachfrage nur sehr langsam Fahrt aufnehmen. Auch hier belastet die hohe private Verschuldung. Andererseits hinkt die spanische Wirtschaft, was die Konjunkturbelebung angeht, der irischen merklich hinterher. Zudem kommen vom Staat derzeit noch keine nennenswerten Impulse. Insgesamt stimmt zuversichtlich, dass im Zweijahreszeitraum 2015 bis 2016 die Bautätigkeit im Nichtwohnbau in 16 der 19 Mitgliedsländer zunehmen wird. Nur zwei Partnerinstitute – nämlich die aus Belgien und der Slowakei – erwarten für diesen Zeitraum einen leichten Rückgang in ihren Heimatländern; in der Schweiz bleibt die Nachfrage stabil.

### Die Schweiz und Deutschland mittelfristig mit dem niedrigsten Anstieg der Bauaktivitäten

Nach fünf Jahren mit Rückgängen und einem Jahr mit Stagnation, nahm das Bauvolumen im EUROCONSTRUCT-Ge-

biet im Jahr 2014 schließlich wieder moderat zu. Allem Anschein nach ist die Wende nunmehr geschafft und die Baunachfrage in Europa wird zumindest einige Jahre lang zunehmen. Wie lange diese Phase tatsächlich anhalten und wie kräftig das Wachstum ausfallen wird, hängt maßgeblich von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung ab. Diese wird wiederum von zukünftigen politischen Entscheidungen beeinflusst.

Auf der Grundlage der heutigen Situation wird der Umfang der Baumaßnahmen bis zum Ende des Prognosezeitraums wohl am stärksten in Irland wachsen. Gegenüber 2014 dürfte der Anstieg gut 35% betragen (vgl. Abb. 6). Auf den weiteren Plätzen folgen Polen (28%), dessen Bauaktivitäten 2013 spürbar nachgegeben hatten, Tschechien (14%) und Großbritannien (13%). In der Schweiz und in Deutschland wird das Baugeschehen nur minimal bzw. verhalten zunehmen. Einerseits handelt es sich hierbei um wirtschaftlich weit entwickelte Länder mit einem insgesamt überschaubaren Zubaubedarf. Deren Bauaktivitäten weisen daher im europäischen Vergleich schon deshalb nur ein vergleichsweise niedriges prozentuales Wachstum auf. Andererseits wurde die Bautätigkeit dort in den vergangenen Jahren schon stark ausgeweitet. In der Schweiz kommt hinzu, dass der kräftig aufgewertete Franken die heimischen Betriebe (Exporteure, Tourismussektor) empfindlich getroffen hat und das Bruttoinlandsprodukt 2015 nur noch minimal ansteigen dürfte. Weiteres Unheil verspricht der Bürgerentscheid von Anfang 2014 zugunsten einer begrenzten Zuwanderung aus der Europäischen Union. Auf der einen Seite hat die Schweizer Zentralregierung den Auftrag, diesen Entscheid umzusetzen. Auf der anderen Seite möchte

sie keine automatische Aufkündigung der Handelsverträge mit ihrer wichtigsten Abnehmerregion, der EU, riskieren. Zudem würde der reduzierte Zuzug von Arbeitnehmern die weitere wirtschaftliche Entwicklung dämpfen. Nicht nur für die Schweizer Bauwirtschaft könnten die Konsequenzen daraus unangenehm sein.

**Literatur**

EUROCONSTRUCT (2015a), *79th EUROCONSTRUCT Country Report – European Construction: Market Trends until 2017, 11–12 June 2015, Warsaw, June 2015*. Hrsg. PAB-PCR&F Institute, Warschau.

EUROCONSTRUCT (2015b), *79th EUROCONSTRUCT Summary Report – European Construction: Market Trends until 2017, 11–12 June 2015, Warsaw, June 2015*. Hrsg. PAB-PCR&F Institute, Warschau.

**Abb. 6**  
**Bautätigkeit in ausgewählten europäischen Ländern**

